

Bräuer-Beitrag.

Offizielles Organ des Zentralverbandes deutscher Bräuerarbeiter und verwandter Berufsgenossen
und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

No. 3.

Das Blatt erscheint wöchentlich am Freitag.
Redaktion und Expedition: Hannover, Burgstraße 9.

Hannover, 20. Januar 1905.

Verleger u. verantwortl. Redakteur: F. Krieger, Hannover.
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

15. Jahrg.

Erkenntnis.

Der Beschluß des Verbandstages ist alle Halbjahre das Verzeichnis der Gaubeamten, der Vorsitzenden von den Zahlstellen, sowie der Vertrauensleute von Einzelmitgliedern zu erneuern.

Ferner haben die meisten Auszahler von Unterstützungen ihre Adressen geändert, oder die Unterstützungsauszahlung in andere Hände übergeben.

Im Interesse der reisenden Kollegen sowie der Hauptverwaltung werden alle Obengenannten ersucht, ihre Adresse mit Wohnungsangabe, sowie bei den Auszahlern der Unterstützung die für die Unterstützungsauszahlung bestimmte Zeit dem Unterzeichneten anzugeben.

Wer bis spätestens 15. Februar 1905 seine Adresse nicht eingeschickt hat, wird in dem Verzeichnis nicht aufgeführt. Ob die alte Adresse richtig oder nicht, jeder hat sich zu melden.

Der Hauptvorstand.
G. Bauer.

Ueber die Berechtigung des Boykotts

hat das Hanseatische Oberlandesgericht eine sehr interessante Entscheidung gefällt. Der Zentralverband der Zwiilmusiker, Ortsgruppe Bremen, hatte im letzten Sommer durch Verbreitung eines Flugblattes zur Boykottierung eines Bremer Wirtschaftskafes Lokals aufgefordert, weil die Musiker Lohnunterschieden mit der Inhaberin des Lokales hatten. Da der Boykott wirkte, die Lokalinhaberin aber nicht nachgeben wollte, klagte sie gegen den Zentralverband der Zwiilmusiker auf Erlassung eines Verdicts über den Schaden. Das Landgericht Bremen erkannte die Klage dem Grunde nach als berechtigt an. Es fand in der hier angewandten Art des Boykotts einen Verstoß wider die guten Sitten.

Das Zwangsmittel, welches die Beklagten gegen die Klägerin anwandten, bestand darin, daß der Wirtschaftsbetrieb der letzteren infolge Ausbleibens von Gästen ins Stocken geraten, die Klägerin also ihre einzige Erwerbsquelle verlieren und dadurch zum Nachgeben gezwungen werden sollte. Diese Art des Zwanges ging in doppelter Beziehung über das Maß des bei derartigen Boykotts gewöhnlich zur Anwendung kommenden Druckes hinaus. Während bei diesem in der Regel nur die Mitwirkung der interessierten Arbeiter, d. h. der Arbeiter eines bestimmten Berufszweiges in Anspruch genommen wird, indem diese aufgefordert werden, bei dem boykottierten Arbeitgeber nicht in Arbeit zu treten, sollten in diesem Falle nicht nur die interessierten Arbeiter, nämlich die Musiker, zu dem Boykott mitwirken, sondern es sollte das gesamte in dem Lokal der Klägerin verkehrende Publikum, obwohl es an sich bei den Lohnverhältnissen der in dem Lokale an einzelnen Tagen spielenden Musiker gar nicht interessiert war, zur Erreichung des Zweckes mitwirken. Daß dieses Publikum größtenteils aus Arbeitern bestand, macht für diesen Gesichtspunkt keinen Unterschied. Während ferner bei dem Boykott in der Regel nur eine vorübergehende geschäftliche Beeinträchtigung des davon Betroffenen als Mittel angewendet wird, um diesen gefügig zu machen, mußte im vorliegenden Falle das Vorgehen der Beklagten die Folge haben, daß der Wirtschaftsbetrieb der Klägerin wegen Mangels an Gästen völlig aufhörte, die Klägerin also ihre einzige Erwerbsquelle verlor und ruiniert wurde. Ein solches Zwangsmittel, welches auf eine Vergewaltigung des Gegners durch Einwirkung auf seinen geschäftlichen Ruin hinausläuft, kann als ein erlaubtes Mittel zum Zweck der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht erachtet werden; es überschreitet nach dem Rechtsbewußtsein aller billig und gerecht denkenden Menschen das zulässige Maß und charakterisiert sich mithin als ein Verstoß gegen die guten Sitten im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Gegen dieses Urteil wurde Berufung an das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg eingelegt, und dieses hob nun das landgerichtliche Urteil auf und wies die Klage der Lokalinhaberin kostenpflichtig unter folgender Begründung ab:

Die Klägerin veranstaltet sonntäglich in ihrem Lokal Tanzmusik. Die hierzu von ihr angenommenen Musiker sind angeblich schlecht bezahlt. Eine Ortsgruppe des Zentralverbandes der Zwiilmusiker hat sich ihrer in einem Flugblatt angenommen, in welchem die

Zustände in dem Lokal der Klägerin gezeigelt wurden. Nach deren Behauptung sind durch dieses Flugblatt viele Personen bestimmt worden, das Lokal zu meiden. Der hierauf gegründete Schadenersatzanspruch ist für unbegründet erachtet worden. Wenn durch das Flugblatt auch ein gewisser Druck auf die Klägerin ausgeübt worden ist, so kann darin doch nicht eine Verletzung der Freiheit derselben erblickt werden. Nicht jede, die freie Willensmeinung eines anderen irgendwie beeinflussende Einwirkung erfüllt den Begriff der Freiheitsentziehung. Ob das Recht eines selbständigen Gewerbetreibenden auf ungestörte Ausübung seines Gewerbebetriebes ein wohlverordnetes Recht ist, kann dahingestellt bleiben, jedenfalls ist es durch das Flugblatt nicht widerrechtlich verletzt. Der Zweck, den der Beklagte durch das Flugblatt erreichen wollte, nämlich den Musikern eine günstigere Entlohnung verschaffen, ist an sich erlaubt, er durfte sich hierzu auch des Mittels der erlaubten Koalition bedienen. Das Boykottieren ist an sich keine widerrechtliche oder auch nur eine den guten Sitten widersprechende Handlung, auch macht die Aufforderung zur Boykottierung von Arbeitgebern im allgemeinen nicht schadenersatzpflichtig. Nur wenn sie bezweckt und erreicht, die gewerbliche Existenz des Gegners im Lohnkampf völlig zu untergraben, ihn dauernd erwerbslos und brotlos zu machen, ist sie rechtswidrig. Wenn sie aber nur darauf abzielt, dem Gegner vorübergehend für die Dauer des Lohnkampfes die Erwerbsmöglichkeit in dem betreffenden Geschäftszweige abzuschneiden, um ihn hierdurch zum Entgegenkommen, zur Unterwerfung unter gewisse Bedingungen zu nötigen, verstößt sie nicht gegen die guten Sitten. Vorliegendenfalls ist nun keineswegs festzustellen gewesen, daß der Wirtschaftsbetrieb der Klägerin wegen Mangels an Gästen völlig aufgehört habe, die Klägerin also völlig ruiniert worden wäre. Eine wenn auch erhebliche Beeinträchtigung ihres Umfanges vermag eine Schadenersatzpflicht des Beklagten nicht zu begründen.

Die deutschen Berufsgenossenschaften im Jahre 1903.

Dem Reichstag ist kürzlich eine Nachweisung über die gesamten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften usw. für das Jahr 1903 zugegangen, die sich auf die neunzehnte Rechnungsperiode seit dem Bestehen der reichsgesetzlichen Unfallversicherung erstreckt. Die Nachweisung umfaßt 114 Berufsgenossenschaften, 487 Ausführendenbehörden und 14 Versicherungsanstalten, und waren bei diesem im Berichtsjahr insgesamt 19 465 422 Personen gegen die Folgen von Betriebsunfällen versichert.

Die Anzahl der im Jahre 1903 zur Anmeldung gelangten Unfälle betrug 530 507, von welchen für 129 375 erstmals Entschädigungen gezahlt wurden. 8370 Personen fanden den Tod auf dem Schlachtfelde der Arbeit, und 6077 Witwen, 12 152 Kinder (Enkel) und 358 Verwandte der aufsteigenden Linie wurden damit ihres Ernährers beraubt; weitere 1538 Personen werden zeitweilig als Krüppel bleiben.

Für die Beurteilung der Unfallhäufigkeit werden, unseres Erachtens nicht mit Recht, nur die Ziffern der entschädigten Unfälle in Rechnung gezogen. Ein wirkliches Bild von der Unfallgefahr und Häufigkeit kann damit doch nicht gegeben werden, da es bei einem erheblichen Teil der Unfälle nur dem Zufall zu danken ist, daß sie nicht schlimmer ausfallen, andererseits verheben es die Berufsgenossenschaften teilweise sehr gut, die Verletzten abzuschnittele, damit sie keine Entschädigungen zu zahlen brauchen. Wenn trotz dieser ungenauen (1) Berechnungsmethode in den einzelnen Gewerben zahlreiche Unfälle registriert werden müssen, beweist das, daß die Unfallgefahr trotz der gegenteiligen Versicherungen der Unternehmer in keiner Weise geringer geworden ist. Die Ueberwachung der Betriebe durch die Berufsgenossenschaften im Interesse der Unfallverhütung ist ja auch immer noch sehr mangelhaft. Verschiedene gewerbliche Berufsgenossenschaften wenden hierfür keinen Pfennig auf, und unter denen, die Aufwendungen für diesen Zweck machen, sind wieder verschiedene mit so lächerlich geringen Summen, daß sie gar nicht ernsthaft in Frage kommen. Ein Vergleich der Unfallgefahr in den einzelnen Gewerbegruppen ergibt, daß die meisten Unfälle in der Gruppe: Expedition, Lagererei und Fuhrwesen vorgekommen sind, auf 100 versicherungspflichtige Personen entfielen 16,27 Unfälle; in der Gruppe Bergbau 14,59; in der Gruppe Brauerei, Mälzerei usw. 10,85. Die wenigsten Unfälle verzeichnet die Textilindustrie. Bei Betrachtung der Ziffern hat man sich zu vergegenwärtigen, daß nur die entschädigten, d. h. schweren Unfälle berechnet sind. Als Gesamtausgaben werden von den Berufsgenossenschaften für das Jahr 1903 140 256 300,53 Mark nachgewiesen.

Darvon entfielen 106 018 330,36 Mt. auf Entschädigungsbeträge. Die laufenden Verwaltungskosten veranschlagen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 7 874 296,48 Mt., bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 2 870 691,37 Mt. Als Kosten der Fürsorge innerhalb der gesetzlichen Bezugszeit, für die Unfalluntersuchungen und Feststellung der Entschädigungen, für den Rechtsgang (Schiedsgerichte usw.) und für die

Unfallverhütung wurden zusammen nur 6 947 411,08 Mt. gezahlt.

In die Reservefonds sind 15 602 947,15 Mt. eingelegt worden. Die Bestände der bis zum Schlusse des Rechnungsjahres angesammelten Reservefonds der Berufsgenossenschaften betragen zusammen 179 922 591,78 Mt.

Bewegungen im Berufe.

Frankenthal. In der letzten gut besuchten Versammlung erstattete der Vorsitzende Bericht über die stattgefundenen Lohnbewegungen in den drei Malzfabriken: Ries, Gebr. Schmidt und Hauptgetreidegenossenschaft (früher 855). In ersterer wurde das Auswärtswohnen beantragt, welches auch genehmigt wurde mit wöchentlicher Entschädigung von 2 Mt. pro Mann; ferner 50 Pf. pro Woche Gratifikation für diejenigen, die die Malztempagne aushalten. Bei Gebr. Schmidt wurde eine wöchentliche Lohnzulage von 1 Mt. und zehnstündige Arbeitszeit (bis jetzt 11 Stunden) erzielt. Bei der Firma früher 855 wurde den Kollegen 2 bis 2,50 Mt. pro Woche zugelegt und ebenfalls 50 Pf. pro Woche demjenigen, welcher bis zum Schlusse ausfällt. Maßregelung soll keine stattfinden. Die zehnstündige Arbeitszeit ist jetzt überall eingeführt, der Lohn beträgt 26 bis 28 Mt. pro Woche. Ist auch nicht alles erzielt, so doch etwas, womit die Kollegen vorläufig zufrieden sein können. Jetzt heißt es aber, in der Organisation bleiben, um das Erreichte hochzuhalten.

Grasleben. Mit der Brauerei Alverthal wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Der bisherige Monatslohn wird wöchentlich gezahlt und zwar Sonnabends.
2. Für die Sonntagsbeschäftigung, für welche die Ueberstundenvergütung gemeint ist, wird von jetzt ab Einrichtung getroffen, daß nur ein Teil des Personals und zwar abwechselnd abgezogen wird.
3. Bei Arbeitsbehinderung durch gerichtliche Termine usw. wird, wie bisher, ein Lohnabzug nicht gemacht. Bei vorübergehender, ärztlich bescheinigter, mit völliger Arbeitsunfähigkeit verbundener Krankheit wird die dreitägige Karenzzeit der Krankentasse durch Zahlung des vollen Lohnes ausgeglichen.

In der Zeit vom 1./10. bis 15./3. wird die tägliche Arbeitszeit von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr mit einhalbstündiger Frühstückspause, einhalbstündiger Mittags- und einviertelstündiger Vesperpause festgesetzt, dagegen in der übrigen Jahrszeit von früh 5 Uhr bis abends 6 Uhr mit den gleichen Pausen, jedoch statt einviertelstündig einhalbstündiger Vesperpause.

Für Jour wird 1,50 Mark vergütet. Die Vereinbarungen haben Gültigkeit auf die Dauer von zwei Jahren vom 1. Dezember 1904 ab. Es ist zwar wenig, aber doch etwas.

Uetersen. Mit der Brauerei Schwanvogel wurde folgender Tarif abgeschlossen:

1. Arbeitszeit: Die tägliche Präsenzzeit beträgt im Sommer 12, im Winter 11 1/2 Stunden, einschließlich 2 Stunden Pausen (1/2 Std. Frühstück und 1 1/2 Std. Mittag) und beginnt im Sommerhalbjahr morgens um 5 Uhr und endet abends um 5 Uhr; im Winterhalbjahr morgens um 6 Uhr und endet abends um 5 1/2 Uhr.
2. Löhne (bei voller Kost und Logis): a) Brauer: Einstellungslohn 14 Mt., nach 1/2 Jahr 15 Mt., nach 1 Jahr 16 Mt., nach 1 1/2 Jahre 17 Mt. pro Woche. Dasselbe gilt von dem Maschinenisten, wenn derselbe gelernter Schlosser ist. b) Hilfsarbeiter: Einstellungslohn 8 Mt., nach 1/2 Jahr 9 Mt., nach 1 Jahr 10 Mt., nach 1 1/2 Jahre 11 Mt. pro Woche. Falls ein Hilfsarbeiter an Stelle eines gelernten Brauers gestellt wird, erhält er auch den Lohn eines solchen.

Ueberstunden und Sonntagsarbeit: Ueberstunden sind den Bräuern und dem Maschinenisten Sonntags mit 40 Pf., Sonntags, soweit es nicht bringende Arbeiten sind (z. B. Ergeben), mit 50 Pf., den Hilfsarbeitern Sonntags mit 30 Pf., Sonntags mit 40 Pf. pro Stunde zu vergüten. Jede angefangene Ueberstunde, die die Dauer von 1/4 Stunde übersteigt, ist für voll zu bezahlen.

Allgemeine Bestimmungen: Für Abhalten bei gerichtlichen Terminen, Kontrollverfammlungen, demütigstem Urlaub von kurzer Dauer, sowie bei militärischen Übungen für die ersten 14 Tage wird ein Lohnabzug nicht gemacht. — Bei ärztlich nachgewiesener Krankheit wird für die ersten 14 Tage die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld vergütet. Ausreichende Wasch- und Bade-Einrichtung ist zu beschaffen.

Das Freibier ist in derselben Beschaffenheit zu verabfolgen, wie das zum Ausstoß gelangende.

Freigabe des 1. Mai. Die Ueberstunden sollen nicht abgeschlafen werden. Nachtrag betreffs des Brauführers: Einstellungslohn 20 Mt., nach 1/2 Jahr 21 Mt., nach 1 Jahr 22 Mt., nach 1 1/2 Jahre 24 Mt. pro Woche.

Diese Vereinbarungen treten am 1. Juli 1904 mit rückwirkender Kraft in Gültigkeit und bleiben bestehen mindestens bis zum 1. Juli 1905.

Korrespondenzen.

Ausbach. Die Versammlung vom 8. Januar beschäftigte sich hauptsächlich mit der in nächster Zeit einzureichenden Forderung, um sie den vereinigten Brauereien vorzulegen. Sodann wurden einige Vorkommnisse der letzten Zeit gründlich beleuchtet, welche wahrhaftig verdienen, der Öffentlichkeit bekannt gegeben zu werden. So wurde ein Bierfahrer von seinem Prinzipal, obwohl er drei Monate hindurch im Dienste war, wegen eines geringen Verschleißes als Lausbub, ich hau' dir eine hin, daß du an die Wand fliegst! etc. tituliert. Besonders schneidend zeigt sich der neugeborene Oberbursche der Wagnerbrauerei, der die alten Burschen lieber gehen wie kommen sieht. Den Bierfahrern gegenüber äußerte er: Unschieben müßt ihr, daß ihr verreckt, ihr Kamme!, feinen Tropfen Bier kommt ihr mehr zu. Nun, wir werden die Zeit abwarten.

